

Koalitionsvereinbarung

zwischen der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)
Unterbezirk Hamburg-Nord

und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)
Kreisverband Hamburg-Nord

über die Zusammenarbeit in der
Bezirksversammlung Hamburg-Nord 2014-2019



INHALTSVERZEICHNIS

Präambel.....	3
Stadtentwicklung:	
Neue Wohnungen in einer grünen Stadt der kurzen Wege.....	4
Vorfahrt für umweltfreundlichen Verkehr:	
Stadtraum gerechter verteilen	14
Naturnaher Bezirk	16
Bildung, Kultur und Sport.....	19
Soziales, Gesundheit und Integration.....	22
Jugendpolitik.....	27

PRÄAMBEL

Der Bezirk Hamburg-Nord ist in die Entwicklung der traditionsreichen und zugleich modernen Weltstadt Hamburg eng eingebunden. Die Chancen und Probleme dieser Entwicklung spiegeln sich in den Stadtteilen und Quartieren des nach Einwohnern zweitgrößten Hamburger Bezirks wider, in denen über 290.000 Menschen leben, 2.750 Handelsbetriebe, 2.250 Handwerksbetriebe mehrere 10.000 Freiberufler und viele weitere Unternehmen mit mehr als 126.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ihren Standort haben - und zahlreiche Vereine, städtische und private Einrichtungen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Verbände und Initiativen vielfältige soziale und kulturelle Aufgaben wahrnehmen.

Für eine Politik des sozialen Ausgleichs, der Integration, der wachsenden Ansprüche an Mobilität und der ökologischen Entwicklung des Bezirks müssen Projekte über einen langen Zeitraum konsequent entwickelt und von einer stabilen politischen Mehrheit in der Bezirksversammlung begleitet werden. Hierzu schließen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreis Hamburg-Nord eine Koalition, die den Zielen einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung, einer gerechten Verteilung des öffentlichen Raums, einer guten Kinder-, Jugend- und Familienhilfe und einer lebendigen Stadtteilkultur verpflichtet ist.

Demokratie lebt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger sich nicht nur an Wahlen beteiligen, sondern darüber hinaus auch ihre vielfältigen Erfahrungen und Kenntnisse in Entscheidungsprozesse einbringen. Grundvoraussetzung für eine gelungene Beteiligung ist Transparenz. Daher sollen Transparenz und Beteiligung wesentliche Eckpfeiler der bezirklichen Politik der kommenden Jahre werden.

STADTENTWICKLUNG: NEUE WOHNUNGEN IN EINER GRÜNEN STADT DER KURZEN WEGE

Hamburg wird nicht nur von seinen Bewohnerinnen und Bewohnern als schönste Stadt der Welt bezeichnet, die Metropole des Nordens hat auch auf Grund ihrer wirtschaftlichen Stärke, ihrer attraktiven Lage am Wasser, der guten sozialen und kulturellen Infrastruktur sowie der reichhaltigen Bildungsangebote große Anziehungskraft für viele Menschen. Auch langfristig muss mit dem weiteren Zuzug von Menschen und damit auch zusätzlichem Wohnbedarf gerechnet werden. Dies gilt auch für den Bezirk Hamburg-Nord.

Überteuerte Mieten sind Zeichen eines im Verhältnis zur Nachfrage zu geringen Wohnungsangebots. Die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum ist deshalb für die Koalitionspartner ein wichtiger Bestandteil ihrer Politik. Ziel einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik muss es sein, bei der Entwicklung neuer Quartiere die Lebensqualität in den Stadtteilen zu erhöhen - bei gleichzeitig möglichst geringer Versiegelung von Flächen. Die Koalitionspartner wollen diesbezüglich auch eine öffentliche Debatte über die Höhenentwicklung und die Dichte neuer Quartiere führen. Nachhaltige Stadtentwicklungspolitik umfasst auch Maßnahmen zur Klimaanpassung wie Gründächer oder Fassadenbegrünung.

Das Leitbild der Koalition ist die „durchmischte“ Stadt der kurzen Wege, das heißt innerhalb der Stadtteile und Quartiere sollen zugleich Arbeitsplätze und Wohnungen sowie Einrichtungen der Nahversorgung und Freizeitgestaltung vorhanden sein. Dies beinhaltet u.a. ein breites Angebot an Grün- und Erholungsflächen sowie Naturräume zur Erhaltung der Artenvielfalt, eine gute Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, möglichst wirksamen Lärmschutz, die Förderung des Radverkehrs und des Zu-Fuß-Gehens sowie einer guten sozialen und kulturellen Infrastruktur.

Gleichwohl sind die Flächen in Hamburg begrenzt und Konflikte damit vorprogrammiert. Umso wichtiger ist es, die Bevölkerung frühzeitig und umfassend an der Diskussion zu beteiligen, wo und wie Wohnraum geschaffen wird und wie sich die Quartiere insgesamt entwickeln sollen. Dabei ist den Koalitionspartnern bewusst, dass nicht alle Interessenkonflikte durch Beteiligungsverfahren gelöst werden können. Politik ohne umfassende Beteiligung der betroffenen Bevölkerung stößt aber in modernen Gesellschaften zu Recht auf Ablehnung.

Bürgerbeteiligung

Im Bezirk Nord gab es in den vergangenen Monaten vermehrt öffentlichen Protest gegen Bauvorhaben. Gemeinsam war diesen Protesten der Vorwurf mangelnder Beteiligung. Dabei wurde vom Bezirk der gesetzliche Rahmen nicht nur immer eingehalten sondern teilweise übererfüllt. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die Beteiligungsmöglichkeiten ausgeweitet werden sollen. Es soll ein öffentliches Verfahren entwickelt werden, um gemeinsam mit den Initiativen, der interessierten Bevölkerung, Bürgervereinen und Quartiersbeiräten, Vereinen und Verbänden, der Verwaltung und der Bezirkspolitik „Leitlinien der guten Bürgerbeteiligung“ aufzustellen.

Für diesen Prozess, der von einer interfraktionellen Arbeitsgruppe des Stadtentwicklungsausschusses organisiert werden soll und der auch Expertenanhörungen beinhalten kann, sollen bezirkliche Mittel bereitgestellt werden. Geklärt werden soll dabei unter anderem, wie eine frühzeitige Beteiligung organisiert werden kann, in der auch Alternativen diskutiert werden können, so dass eine echte Einflussnahme auf Entscheidungen durch die Bevölkerung stattfinden kann. Die Phase der öffentlichen Auslegung ist demgegenüber eher die Phase der Detailkorrekturen.

Für eine aktive Beteiligungskultur ist auch die Einbeziehung von Jugendlichen und Menschen mit Migrationshintergrund von großer Bedeutung. Die Koalitionspartner wollen sich dafür einsetzen, dass ihre Vertretungen hinsichtlich der Gestaltung der Quartiere aktiv angesprochen und eingebunden werden.

Die in den Unterausschüssen Bau praktizierten Verfahren für die Erteilung von Baugenehmigungen stoßen vermehrt auf Kritik. Die gesetzlich vorgeschriebene Form der Nicht-Öffentlichkeit der Sitzungen sowie die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen sorgen dafür, dass die eingeforderte Transparenz kaum herstellbar ist. Dennoch wollen die Koalitionspartner prüfen, inwieweit unter der Maßgabe der Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Bestimmungen Veröffentlichungen der Rahmendaten von Bauanträgen möglich sind.

Hamburg ist eine Einheitsgemeinde. Gleichwohl sehen die Koalitionspartner auf Bezirksebene das Mittel der Evokation kritisch. Evokationsentscheidungen des Senats müssen in jedem Einzelfall zwingend begründet sein und dann möglichst frühzeitig erfolgen. Sie sollten spätestens nach einem erfolgreichen Bürgerbegehren, aber nicht mehr nach einem Bürgerentscheid getroffen werden. Die Gründe hierfür müssen nachvollziehbar offengelegt werden.

Bezahlbarer Wohnraum

Ein wesentliches Ziel rot-grüner Stadtentwicklungspolitik ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Hierzu ist es in erster Linie erforderlich, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, um den Nachfragedruck zu verringern und damit für Entspannung auf dem Wohnungsmarkt zu sorgen. Darüber hinaus wollen die Koalitionspartner konkrete Maßnahmen ergreifen, um gezielt Wohnraum für kleine und mittlere Einkommen zu schaffen:

- Im Durchschnitt soll mindestens ein Drittel aller neuen Wohnungen als Sozialwohnungen errichtet werden.
- Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen soll geprüft werden, ob die im Baugesetzbuch vorgesehene Möglichkeit für ein besonderes Vorkaufsrecht (Vorkaufssatzung) genutzt werden kann, um Spekulationen von Investoren zu verhindern.
- In Bebauungsplänen sollen Flächen festgesetzt werden, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude gebaut werden dürfen, die mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung gefördert werden oder die für Menschen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind.
- Um gegen quartiersbezogene Mietsteigerungen konsequent vorzugehen, wird bei Bedarf geprüft, ob der Schutz von Mieterinnen und Mietern vor steigenden Mieten durch den Erlass von sozialen Erhaltungsverordnungen oder Umwandlungsverordnungen gewährleistet werden kann.
- Es soll auf die Fachbehörde eingewirkt werden mit dem Ziel, dass sich die SAGA bei der Vergabe von Grundstücken bereit erklärt, längere Bindungsfristen für Sozialwohnungen vertraglich zuzusichern.
- Der Bau von Auszubildenden- und Studierendenwohnheimen soll im Bezirk weiterhin unterstützt und vorangetrieben werden.

Quartiersentwicklung

Rot-Grün im Bezirk bekennt sich zur durchmischten Stadt der kurzen Wege. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass die Ausweisung von reinen Wohngebieten, in denen außer Wohnen fast alles verboten ist, in den Bebauungsplänen urbaner Zentren nicht erfolgen soll.

Bauen und Umwelt

In den Verordnungstexten zu den Bebauungsplänen soll darauf geachtet werden, dass ökologische Kompensationen für entfallendes Grün möglichst vor Ort festgesetzt werden. Grünanteile sollen auch direkt an Gebäuden entstehen, insbesondere in Form von zusätzlichen Dachbegrünungen. Nach Möglichkeit soll in den Bebauungsplänen intensive Dachbegrünung mit einer Substratschicht von mindestens 50 cm festgesetzt werden. In Form eines Pilotprojektes soll auch Fassadenbegrünung exemplarisch festgesetzt und damit in ihrer Wirkung veranschaulicht werden.

Bebauungspläne sind auf die Zukunft gerichtet und haben eine Gültigkeit von meist mehreren Jahrzehnten. Ein besonderes Augenmerk soll deshalb bei ihrer Aufstellung - und auch bei größeren Bauvorhaben - dem Klimawandel und seinen Auswirkungen gelten. Den Koalitionspartnern ist bewusst, dass hierfür noch keine gültigen Handlungsempfehlungen bestehen. Dennoch können Maßnahmen festgeschrieben werden, die sich in diesem Zusammenhang bereits bewährt haben oder die wissenschaftlich soweit geprüft sind, dass von ihrer Wirksamkeit auszugehen ist. Im Bezirksamt sollte eine personelle Zuständigkeit für dieses Thema ermöglicht werden.

Die Koalitionspartner bekennen sich zur Notwendigkeit der Verdichtung der Stadt, schließen aber eine Bebauung bestehender Parkanlagen, Wald- oder Naturschutzflächen aus und bekennen sich dazu, die Baumbestände zu schützen oder - wo dies nicht möglich ist - für gleichwertige Neupflanzung zu sorgen. Künftig soll vom Bezirksamt jährlich ein Bericht über die gefälltten und ersetzten Bäume erstellt und den bezirklichen Gremien vorgestellt werden. SPD und GRÜNEN ist dabei bewusst, dass für jeden gefälltten Baum ein Vielfaches an Neupflanzung als Ersatzmaßnahme nötig wäre. Schon deshalb werden die Koalitionspartner ihr Augenmerk bei Bauvorhaben weiterhin auf die Vermeidung von Fällungen legen.

Ein Großteil des Energieverbrauches entsteht durch den Wärmebedarf von Gebäuden in den Bereichen Heizung und Warmwasserbereitung. Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass der Energiebedarf der Gebäude kontinuierlich reduziert werden muss, um die Ziele der Energiewende und des Klimaschutzes zu erreichen.

Im Neubau sollen aufgrund europäischer Vorgaben ab 2020 nur noch sogenannte Niedrigstenergie-Häuser gebaut werden, die nahezu keine Energie mehr verbrauchen. Die Technik dafür ist bereits heute vorhanden und erprobt. Vor dem Hintergrund, dass heute errichtete Gebäude für Jahrzehnte gebaut wer-

den, setzen sich die Koalitionspartner soweit möglich dafür ein, dass Gebäude schon heute über die gesetzlichen Mindestforderungen hinaus höhere Energiestandards erreichen. Die Koalitionspartner wollen, dass Bezirksamt und Politik hierzu den Dialog mit den Bauherren noch weiter intensivieren, um diese von einer weitsichtigen und klimaschonenden Bauweise zu überzeugen und auf die entsprechenden Förderprogramme der KfW und der IFB Hamburg hinzuweisen. Ziel dabei ist es, in einem gemeinsamen Vorgehen eine bessere Energieeffizienz im Wohnungsbau zu erreichen, ohne dass dabei der für eine moderate Mietpreisentwicklung entscheidende Bau zusätzlicher Wohnungen behindert wird.

Die Art und Weise der Energieversorgung soll schon im Aufstellungsprozess von Bebauungsplänen betrachtet werden. Besonders umweltfreundlich ist solare Wärme, deren anteilige Nutzung schon jetzt bundesrechtlich vorgeschrieben ist. Besonders energieeffizient sind Fern- oder Nahwärmenetze. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass neue Baugebiete vornehmlich mit Fernwärme ausgestattet werden sollen, wenn ein Anschluss an bestehende Fernwärmenetze mit vertretbarem Aufwand möglich ist. In anderen Fällen sollen möglichst Blockheizkraftwerke, aber auch erhöhte Anteile solarer Wärme und Abwärme eingesetzt werden. Soweit rechtlich möglich, sollen Art und Weise der Energieversorgung, Energieeffizienz und weitere klimaschützende Festsetzungen in Bebauungspläne aufgenommen werden. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass der soziale Wohnungsbau durch zusätzliche Anforderungen nicht beeinträchtigt werden darf.

Das größte Potenzial zur Energieeinsparung in Gebäuden liegt in den Bestandsgebäuden. Die Koalitionspartner wollen daher auf den guten Erfahrungen der energetischen Quartierssanierungen der vergangenen Jahre auf dem Dulsberg, in Bergedorf-Süd und den Erkenntnissen der Internationalen Bauausstellung in Wilhelmsburg aufbauen. Dafür soll eine Potenzialstudie für energetische Quartierssanierungen geeignete Gebiete in Hamburg-Nord analysieren. Die Koalitionspartner streben innerhalb der Legislatur an, für drei bis fünf dieser Gebiete im Dialog mit den Bewohnerinnen und Bewohnern und den Grundeigentümern Sanierungskonzepte zu erarbeiten. Dafür sollen Landes- und Bundesmittel eingeworben werden.

Quartiersbeiräte

Rot-Grün begrüßt ausdrücklich das Engagement der Ehrenamtlichen in den Stadtteil- und Quartiersbeiräten. Die Koalitionspartner wollen deren Arbeit stärken und bei Bedarf auch in anderen Stadtteilen deren Bildung ermöglichen. Stadtteil- und Quartiersbeiräte sowie ähnlich fest institutionalisierte Gremien sind wichtiger Bestandteil einer besseren bezirklichen Beteiligung. Die vorhandenen oder entstehenden ehrenamtlichen Strukturen wollen wir dort, wo es notwendig ist, professionell unterstützen und dafür auch eine nachhaltige Finanzierung zum Beispiel aus Mitteln des Quartiersfonds sichern.

Bebauungspläne

Eppendorf 17

Von den Koalitionspartnern wurde bereits ein öffentliches Beteiligungsverfahren auf den Weg gebracht, dessen Ergebnis in die Stellungnahme des Bezirks an die Senatskommission einfließen wird. Im Rahmen dieses Verfahrens sollen zentrale Fragestellungen wie die Aufhebung des Denkmalschutzes für die beiden Ensembles Bezirksamt und Nikolai-Schule sowie die Frage der Bebauung von Schulhöfen zur Schaffung zusätzlichen Wohnraums auch unter Beteiligung der zuständigen Fachbehörden erörtert werden. Die Koalitionspartner sind sich bewusst, dass eine wie auch immer geartete Entscheidung den sozialen Frieden im Stadtteil nicht gefährden darf.

Dulsberg 6

Die Koalitionspartner sind sich einig, dass im nördlichen Bereich des Bebauungsplangebietes eine Ersatzfläche für einen Gewerbebetrieb geschaffen werden muss, der auf Grund von Wohnungsbauvorhaben an anderer Stelle im Bezirk dringend eine Ausweichfläche benötigt. Die vom Stadtteil favorisierten Pläne für den südlichen Teil mit der Errichtung einer Halle für die Schule inkl. Nutzung durch den Stadtteil erscheinen derzeit nicht finanzierbar. Alternativ hatte der Stadtteil auch die Schaffung einer Grünfläche vorgeschlagen. Zeitnah soll mit dem Stadtteil erörtert werden, welche Nutzung unter diesen Vorbedingungen für den südlichen Teil des Geländes wünschenswert wäre.

Pergolenviertel

Die Koalitionspartner begrüßen grundsätzlich dieses größte Wohnungsbauvorhaben im Bezirk Nord. Gemeinsam mit den Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern und dem Bezirksamt soll nach Lösungen gesucht werden, die verhindern, dass auf Grund der geplanten Kampfmittelondierung auf denjenigen Kleingärten Bäume und Sträucher gerodet werden, an deren Stelle nach der Kampfmittelondierung bzw. -räumung wieder neue Kleingärten entstehen sollen. Rot-Grün wird sich dafür einsetzen, dass die Kleingärten auf den Flächen, auf denen wieder Kleingärten vorgesehen sind, ohne Eingriffe in die Natur erhalten bleiben. Die Koalitionspartner werden sich nach den hierfür vereinbarten Grundsätzen (siehe oben) dafür einsetzen, dass die freifinanzierten Wohnungen eine über den bundesgesetzlichen Standard hinausgehende Energieeffizienz haben. Für die Bauwagenbewohnerinnen und -bewohner der „Borribles“ soll eine geeignete Ersatzfläche gefunden werden.

VORFAHRT FÜR UMWELTFREUNDLICHEN VERKEHR: STADTRAUM GERECHTER VERTEILEN

Eine wachsende Stadt bedeutet immer auch wachsende Ansprüche an die Mobilität des Einzelnen. SPD und GRÜNE wollen die Gleichberechtigung aller am Verkehr teilnehmenden Menschen. Daher wollen die Koalitionäre eine gerechte Verteilung des öffentlichen Raums und setzen auf die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel, wie das Fahrrad, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), das Zu-Fuß-Gehen und zusätzlich auf intelligente, kombinierte Verkehrssysteme, die die Vorteile der verschiedenen Fortbewegungsmittel miteinander verknüpfen und damit das Umsteigen vom Auto auf andere Verkehrsmittel erleichtern.

Fahrradverkehr fördern

Die Partner der Koalition bekräftigen, dass das in der letzten Legislaturperiode auf den Weg gebrachte bezirkliche Radverkehrskonzept in den nächsten Jahren intensiv und mit hoher Priorität umgesetzt wird. Dabei wird insbesondere das Ziel verfolgt, ein Netz zusammenhängender, durchgehender Routen für Radfahrerinnen und Radfahrer im gesamten Bezirk zu schaffen. Eine Auflistung, Priorisierung und Umsetzung solcher Routen, Rad- und Schutzstreifen ist im bezirklichen Radverkehrskonzept darzustellen.

Radschnellweg

Rot-GRÜN fordert die Einrichtung eines Radschnellwegs in Hamburg Nord: eine ausgebauten Strecke, die durchgehend mit hoher Geschwindigkeit befahrbar, vom Autoverkehr soweit möglich getrennt und geradlinig geführt ist. Vorbilder dafür sind Amsterdam und Kopenhagen. Für den bereits von den Koalitionären gemeinsam beschlossenen Antrag eines Radschnellwegs von Alsterdorf nach Norderstedt sollen von der zuständigen Behörde sobald wie möglich eine Machbarkeitsstudie erstellt und Realisierungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Velorouten

Die Koalitionspartner wollen das bestehende Veloroutenkonzept im Bezirk zügig umsetzen. Die Velorouten sollen auch in Ohlsdorf, Barmbek-Nord, Fuhsbüttel und Langenhorn ankommen. Dabei soll dort, wo es angebracht ist, die Streckenführung überprüft, sowie für eine Anbindung an Schleswig-Holstein gesorgt werden. Handlungsempfehlungen aus dem Radverkehrskon-

zept und die Herstellung von Velorouten sollen bei Straßenbaumaßnahmen jeweils berücksichtigt werden.

Fahrradparken

Zur Förderung des Radverkehrs gehören das zusätzliche Aufstellen weiterer Fahrradabstellanlagen und weitere sichere und witterungsgeschützte Parkmöglichkeiten für Fahrräder. Wir wollen Fahrradparkhäuser und -boxen an Schnellbahnknoten und Fahrradhäuschen in Wohngebieten. Fahrradhäuschen müssen in dicht besiedelten Quartieren auch dann genehmigt werden können, wenn dadurch Kfz-Parkmöglichkeiten entfallen.

Einbahnstraßen

Einbahnstraßen sollen wo immer möglich für den gegenläufigen Radverkehr freigegeben werden. Dazu sollen die potenziell freizugebenden Einbahnstraßen identifiziert, eine Freigabe für den Radverkehr geprüft und ggf. zügig umgesetzt werden. Ebenso soll geprüft werden, wo zur Gewährleistung der Sicherheit eine Markierung auf der Fahrbahn erforderlich ist (wie zum Beispiel in der südlichen Tangstedter Landstraße).

StadtRAD

Die Koalitionspartner unterstützen die Erweiterung des StadtRAD-Systems, insbesondere in den Bereichen Alsterdorf, Ohlsdorf, Groß Borstel und rund um das Headquarter Philips in der Röntgenstraße.

Langenhorner Chaussee

Die Verkehrssituation auf der Langenhorner Chaussee ist vor allem zur Erhöhung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer dringend verbesserungsbedürftig. Im Rahmen der bevorstehenden Überplanung der gesamten Langenhorner Chaussee ist es ein vorrangiges Ziel, die Radverkehrssituation deutlich zu verbessern. Aufgrund der abschnittsweise sehr unterschiedlichen Belastungen durch den Kfz-Verkehr (insbesondere zwischen dem Abschnitt nördlich und südlich des Kronstieges) wird es erforderlich sein, in der Langenhorner Chaussee unterschiedliche Abschnitte zu bilden und in diesen differenzierte Lösungen umzusetzen. Der Fuhlsbüttler Abschnitt der Alsterkrugchaussee mit beidseitig separaten Fahrradstreifen auf der Fahrbahn ist hierfür ein gutes Beispiel. Diese Lösung streben die Koalitionspartner auch für den nördlichen Teilabschnitt der Langenhorner Chaussee an. In anderen Abschnitten sollte alternativ geprüft werden, ob anstelle der vier „unechten“ Kfz-Spuren zukünftig drei „echte“ Kfz-Spuren eingerichtet werden können, wobei die mittlere

Kfz-Spur bedarfsgerecht in Richtung Norden bzw. in Richtung Süden befahrbar ist. Auch dabei muss eine Verkehrsführung für Rad- und Fußverkehr hergestellt werden, die die bisherige Situation deutlich verbessert. Eine gemeinsame Verkehrsfläche für Rad- und Fußverkehr lehnen die Koalitionspartner ab.

Verkehrsführung Wichert-Welt/Audi-Terminal sowie P&R im Stockflethweg

Die befürchteten Schleichverkehre sollen aus dem Wohngebiet herausgehalten werden. Dafür ist eine geeignete Verkehrsführung zu entwickeln.

Querpfad

Die Koalitionspartner werden im Bebauungsplan Langenhorn 68 den Querpfad als Verkehrsfläche mit einer besonderen Zweckbestimmung mit einer Breite von 6 m festsetzen.

Fahrradstraßen

Rot-GRÜN begrüßt die Einrichtung von Fahrradstraßen. Mit den von Senat und Bezirken geplanten Fahrradachsen rund um die Alster und im Leinpfad wird die für die weitere Steigerung des Radverkehrs in Hamburg benötigte Infrastruktur hergestellt und ein weiteres Signal zur Förderung des Radverkehrs gegeben.

Wiesendamm

Die Koalitionäre halten an der in der letzten Legislatur beschlossenen Antragslage zur Überplanung des Wiesendamms fest.

Radverkehrsmittel

Zur Umsetzung der Maßnahmen der Förderung des Fahrradverkehrs ist eine ausreichende Finanzierung erforderlich. Bei der Umsetzung von Radverkehrsmaßnahmen werden auch immer Straßenschäden mit beseitigt. Gleichzeitig werden durch Förderung des Radverkehrs langfristig Straßenschäden vermieden. Daher ist eine Umverteilung bezirklicher Gelder von den Mitteln für Straßenschäden zugunsten der Titel „Grundinstandsetzung sowie Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Verkehrswegen zur Förderung des Rad- und Fußverkehrs“ innerhalb der im Bezirk zur Verfügung stehenden Mittel sinnvoll. Die Mittel in dem entsprechenden Titel werden möglichst aufgestockt auf 500.000 EUR.

Förderung des Zu-Fuß-Gehens und der Barrierefreiheit

Die Benutzung der eigenen Füße soll wieder Spaß machen. Nach Vorstellungen der Koalitionspartner sollen die Gehwege wieder den Fußgängerinnen und Fußgängern gehören: Sie sollen breit genug sein, durch Querungshilfen über Fahrbahnen sicherer werden, stolperfrei sein und über abgesenkte Bordsteinkanten verfügen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll hierfür ein Konzept erstellt werden.

Gehwege müssen für mobilitätsbehinderte Menschen, aber auch für Eltern mit Kinderwagen komfortabel sein. Wir wollen, dass Falschparken auf allen Fuß- und Radwegen durch erhöhte Kontrollen konsequent verfolgt wird. Die Beleuchtung der Gehwege soll verbessert und die Abschaffung von „Bettelampeln“ geprüft werden.

Rot-GRÜN will auch in Zukunft den Bezirk barrierefrei gestalten. Dazu soll der aus Mitteln der Bezirksversammlung finanzierte Fonds Barrierefreiheit fortgeschrieben werden.

Öffentlichen Raum zurückgewinnen

Der öffentliche Raum kann und muss weit mehr sein als ein privater Parkplatz. Es darf nicht länger selbstverständlich sein, dass große Flächen unserer Straßen für fahrende und parkende Autos reserviert sind. SPD und GRÜNE möchten den öffentlichen Raum wieder stärker den Menschen zur Verfügung stellen. In einem Versuchsprojekt wollen wir für sechs Wochen während der Sommerferien einzelne Teilstücke beliebter Straßen für den motorisierten Verkehr sperren und den Menschen als Erholungs- und Erlebnisraum zur Verfügung stellen. Die Koalitionspartner machen sich zur Aufgabe, eine geeignete Straße oder Straßenabschnitt zu finden und unter Einbindung von betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern, Gewerbetreibenden und Trägern öffentlicher Belange ein geeignetes Konzept zur attraktiven Nutzung des so für die Allgemeinheit temporär gewonnenen öffentlichen Raums zu entwickeln und umzusetzen.

Erweiterung des Stadtparks um die Flächen im Südosten (Südring)

Der Stadtpark ist ein beliebter Park, den immer mehr Bürgerinnen und Bürger nutzen. Die Tatsache, dass im Umfeld des Stadtparkes kontinuierlich neue Wohnungen entstehen, erhöht den Nutzungsdruck des Parks zusätzlich. Die Koalitionspartner wollen daher konzeptionell überlegen, wie die öffentlich nutzbare Fläche des Stadtparks erweitert werden kann. Geprüft werden soll hier insbesondere der Rückgriff auf anliegerfreie Verkehrsflächen im Bereich Südring / Stadthallenbrücke und die Vernetzung dort bisher nicht genutzter Grün- und Wasserbereiche.

Tempo 30

Wir wollen prüfen, ob weitere Tempo-30-Zonen eingerichtet werden können, beispielsweise im Wiesendamm. Außerdem sollen Möglichkeiten untersucht werden, auch auf Hauptverkehrsstraßen in bestimmten Abschnitten Geschwindigkeitsbegrenzungen von 30 km/h sowie in besonders lärmbelasteten Straßenzügen Tempo 30 in der Nacht einzuführen.

ÖPNV

Rot-GRÜN will den ÖPNV stärken. Zu diesem Zweck sollen neue und verbesserte Anbindungen geprüft werden. So soll eine gute Busanbindung des neuen Headquarter von Philips an der Röntgenstraße sichergestellt werden. Der Metrobus 6 soll durch den Stadtpark bis zur U-Bahn Alsterdorf verlängert werden.

Carsharing und vernetzte Mobilität

Anbieter von stationsbasiertem Carsharing sollen unterstützt werden, weitere Orte, auch im privaten Bereich, für Stationen zu finden (insbesondere in der Nähe von U/S Bahnstationen).

Verlagerung der unteren Verkehrsbehörde in den Bezirk

Für eine wirkungsvolle Kommunalpolitik müssen die Kompetenzen der bezirklichen Ebene weiter gestärkt werden. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass eine Übertragung der Kompetenzen der unteren Straßenverkehrsbehörde auf die Bezirke sinnvoll ist, um Entscheidungen zur Gestaltung des Straßenraums bürgernah und nach den praktischen Erfordernissen der konkreten Situation zu treffen.

NATURNAHER BEZIRK

SPD und GRÜNE wollen Natur und Umwelt in der Großstadt Hamburg so schützen und weiterentwickeln, dass unsere Stadt für alle Bewohnerinnen und Bewohner lebenswert bleibt. Hamburg-Nord verfügt nur noch über wenige naturnahe Flächen, die es zu erhalten gilt. Genauso wichtig sind Straßenbäume, Parks und Kleingärten. Sie dienen nicht nur vielen Tieren und Pflanzen als Lebensraum, sondern dämpfen auch Verkehrslärm oder sorgen für sauberere Luft und ein besseres Kleinklima.

Zudem brauchen wir ausreichend Grünbereiche für die Erholung aller Menschen, auch derjenigen mit körperlichen Einschränkungen. Das Heranführen von Kindern an die Natur wollen wir befördern. Dazu können mehr Obstbäume und -sträucher im öffentlichen Raum einen wichtigen Beitrag leisten.

Parks und Grünanlagen

Parks und Grünanlagen sind wichtige Räume für die Erholung, aber auch als Bausteine zur Vernetzung von naturnahen Flächen bedeutend. Wir wollen deshalb die ökologische Pflege von Parks und Grünanlagen verbessern, um dort die biologische Vielfalt zu fördern. Hierfür wollen wir passende Flächen innerhalb des Grünbestandes identifizieren und entwickeln. Gartendenkmale sind aufgrund ihrer hohen kulturellen Bedeutung schützenswert. Ihre Pflege und Weiterentwicklung wollen wir daher in besonderer Weise unterstützen. Aspekte der Umweltbildung sollen insbesondere im Zusammenhang mit ökologisch gepflegten Flächen verstärkt vermittelt werden.

Die Koalitionspartner verfolgen das Ziel, den Alsterwanderweg und andere wichtige Erholungsbereiche im Bezirk so barrierearm wie möglich zu gestalten.

Straßenbäume

Hamburgs Straßenbäume sind vielen Belastungen ausgesetzt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, ihre Standorte besser vor Schädigungen zu schützen. Jeder Straßenbaum, der gefällt werden muss, soll zeitnah ersetzt werden. Wenn dies nicht an gleicher Stelle geschehen kann, soll künftig schon bei der Fällung bekannt gegeben werden, wo stattdessen ein Baum gepflanzt werden wird.

Natur- und Artenschutz

Die Funktionsfähigkeit der unter Naturschutz stehenden Gebiete Eppendorfer Moor sowie Raakmoor und Rothsteinsmoor als ökologisch bedeutendste Flächen in unserem Bezirk muss erhalten bleiben. Die Koalitionspartner erwarten, dass die zuständigen Behörde dieses sicherstellt bzw. den Bezirk in die Lage versetzt, die hierfür erforderlichen Maßnahmen durchzuführen.

Auch in den dichter bebauten Gebieten des Bezirks lebt eine Vielzahl von Tieren und Pflanzen. SPD und GRÜNE setzen sich gegenüber der Fachbehörde dafür ein, diese Vielfalt stadtweit zu erfassen und in ein Artenschutzkonzept für den städtischen Bereich münden zu lassen.

Die Koalitionspartner unterstützen weiterhin Initiativen, die dafür sorgen, dass die Gewässer wieder freier fließen können und bekennen sich zur Verpflichtung, für unsere Gewässer einen guten Zustand herzustellen. Das Biotopverbundkonzept, das derzeit vom Land Hamburg erstellt wird, begrüßen SPD und GRÜNE ausdrücklich und wollen es im Bezirk umsetzen.

„Essbare“ Stadt

Die Koalitionspartner wollen, dass auf öffentlichem Grund mehr Obstbäume, Beerensträucher und Hecken gepflanzt werden, weil diese Nahrung für Mensch und Tier bieten und für die biologische Vielfalt wichtig sind. Dazu sollen Partnerschaften für Obstgehölze mit Schulen und Kitas geschlossen werden. Grundsätzlich soll es allen erlaubt sein, für den Eigenbedarf Früchte von diesen Gehölzen zu ernten. Bei der Planung der „essbaren“ Stadt im Bezirk soll auf die Erfahrungen anderer Großstädte zurückgegriffen und für Hamburg-Nord passende Lösungen gefunden werden.

Eigene Gärten sind in einer Stadt wie Hamburg eher die Ausnahme als die Regel. Deshalb werden SPD und GRÜNE Initiativen unterstützen, die geeignete Flächen in Wohnnähe, für die keine konkurrierenden Nutzungsmöglichkeiten bestehen, als öffentliche Gemeinschaftsgärten (Urban Gardening) nutzen wollen.

Lärmschutz

Eine Großstadt kann nie vollkommen leise sein. Ihre Bewohnerinnen und Bewohner sollten aber von besonders störendem oder gar gesundheitsgefährdendem Lärm verschont werden. Die größte Lärmquelle ist der Straßenverkehr, darum liegen hier besondere Potenziale zur Verminderung. Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass insbesondere bei Neu- und Umbaumaßnahmen geprüft wird, ob lärmdämpfender Straßenbelag eingesetzt werden kann. Auch die Einführung nächtlicher Tempo-30-Zonen an Hauptverkehrsstraßen soll betrieben werden. SPD und GRÜNE unterstützen alle Bestrebungen des Hamburger Flughafens, den Fluglärm zu reduzieren.

BILDUNG, KULTUR UND SPORT

Kultur

Hamburg-Nord hat eine vielfältige und reichhaltige Kulturlandschaft. Vom Museum der Arbeit über Kampnagel, K3 - Tanzplan, das Hamburger Puppentheater, die öffentlichen Bücherhallen, das Planetarium, das Ernst-Deutsch-Theater sowie die Geschichtswerkstätten und die Stadtteilkulturzentren sind diese Kultureinrichtungen identitätsstiftend für die Quartiere. Sie regen zu kultureller Teilhabe, Selbstreflexion und zum ehrenamtlichen Engagement an. Diese kulturelle Vielfalt im Bezirk muss bewahrt, befördert und ausgebaut werden.

Schon in der letzten Legislatur haben sich SPD und GRÜNE für die Realisierung des Projektes WIESE e.G., Zentrum der Freien Theater- und Musikszene Hamburg, eingesetzt. Ein wichtiger Schritt war dabei der Erwerb von Genossenschaftsanteilen durch die Bezirksversammlung. Die Koalitionspartner wollen sich auch weiter tatkräftig für die Realisierung der WIESE einsetzen. Hamburg-Nord könnte damit zu dem Standort der freien Tanz-, Theater- und Musikszene in Norddeutschland werden.

Der Mangel an Proberäumen wird seit Jahren nicht nur im Bezirk Nord, sondern hamburgweit beklagt. Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass im Bezirk zusätzliche Übungsräume entstehen. Bei Bedarf sollen hierfür bezirkliche Mittel für eventuelle Planungskosten zur Verfügung gestellt werden. Die Koalitionspartner setzen sich weiterhin dafür ein, dass die Kulturbehörde ein Konzept erarbeitet, um den Mangel an Proberäumen zu überwinden.

Die realisierten bzw. in Realisierung befindlichen Erweiterungsbauten für die Zinnschmelze und das Bürgerhaus Barmbek sind Beleg für die Wertschätzung der Stadtteilkultureinrichtung durch den Bezirk und die Stadt. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die sechs soziokulturellen Zentren und die Geschichtswerkstätten in ihrem Bestand gesichert werden müssen. Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel aus dem Haushalt des Bezirkes und der zuständigen Behörde bereitgestellt werden.

Über ein Fünftel der Wohnbevölkerung in Hamburg-Nord hat einen sogenannten Migrationshintergrund. Zur Förderung des kulturellen Austausches werden die Koalitionspartner für 2015/16 einen Förderfonds „Interkulturelle Projekte“ mit 50 Tsd. Euro aus bezirklichen Mitteln einrichten. Die bereitgestellten Mittel können von Stadtteilkulturzentren, Geschichtswerkstätten, Kulturschaf-

fenden und -initiativen oder sonstigen Kulturanbietern für quartiersbezogene interkulturelle Kulturprojekte beantragt werden. Künstlerinnen und Künstler mit Migrationshintergrund oder Organisationen von Migrantinnen und Migranten sind ausdrücklich dazu aufgefordert, sich mit interkulturellen Projekten um Mittel aus diesem Sonderfonds zu bewerben. Die „Runden Tische Integration“ sollen über die Schaffung des Sonderfonds informiert werden. Die Vergabe der Mittel erfolgt über den Haushaltsausschuss. Dabei soll die Expertise des Kulturausschusses zu Rate gezogen werden.

Die Koalitionspartner wollen mit den „Projektmitteln Stadtteilkultur“ die kulturelle Vielfalt im Bezirk fördern und insbesondere innovative Kulturprojekte unterstützen.

Der Kulturpreis der Bezirksversammlung Hamburg-Nord ist ein bewährtes Instrument, um die interessierte Öffentlichkeit auf die Qualität und Vielfältigkeit des Kulturangebotes im Bezirk aufmerksam zu machen. Die Vergabe des Kulturpreises wollen die Koalitionspartner auch in der kommenden Legislatur fortsetzen.

Die vom Bezirk Hamburg-Nord seit über 10 Jahren durchgeführte „Woche des Gedenkens“ anlässlich der Befreiung von Auschwitz ist beispielgebend für ganz Hamburg. Die „Woche des Gedenkens“ soll auch in den kommenden Jahren unter der Verantwortung der Bezirksversammlung Hamburg-Nord gemeinsam mit Vereinen, Initiativen, Schulen, Bücherhallen, Geschichtswerkstätten und kulturellen Einrichtungen durchgeführt werden.

Der mit Experten besetzte Beirat im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport hat sich bewährt. Die Koalitionspartner wollen dieses Instrument der fachlichen Beteiligung fortsetzen.

Nicht nur in Hamburg-Nord gibt es eine Vielzahl von Straßen, die nach NS-belasteten Personen benannt sind. Bezirkliche Beispiel dafür sind die Konjetznystraße in Langenhorn oder auch die Schottmüllerstraße in Eppendorf. Aus Sicht der Koalitionspartner ist dies ein hamburgweites Problem. Deshalb soll eine Initiative gestartet werden, die den Senat auffordert, ein stadtweites Konzept für den Umgang mit Straßenbenennungen nach NS-belasteten Personen zu erarbeiten.

Sport

Sport und die in Hamburg-Nord ansässigen Sportvereine haben wichtige gesellschaftliche Bedeutung. Die sportliche Betätigung dient nicht nur der körperlichen Ertüchtigung und damit der Gesundheit. Sport hat auch eine hohe soziale Integrationskraft. Die Koalitionspartner wollen im Rahmen des Möglichen auch in den kommenden Jahren aus bezirklichen Mitteln den Sport und seine Vereine im Bezirk Nord unterstützen. Dabei soll insbesondere die Förderung der Inklusion im Sport unterstützt werden.

Gemeinsam mit den Sportvereinen soll ein Konzept, etwa in Form einer „Langen Nacht des Sports“ erarbeitet werden, mittels dessen öffentlichkeitswirksam das vielfältige Angebot der lebendigen Sportvereinsszene des Bezirks allen Menschen in Hamburg-Nord präsentiert werden kann.

Die Koalitionspartner wollen dafür sorgen, dass die Kommunikation zwischen Sportvereinen, Bezirksamt und Schulbau Hamburg intensiviert wird. Insbesondere bei Sanierungen von Schulsporthallen soll eine frühzeitige Information der betroffenen Sportvereine erfolgen und nach geeigneten Ausweichmöglichkeiten gesucht werden. Die Koalitionspartner unterstützen ein transparentes Verfahren bei der Vergabe der Hallennutzungszeiten.

Bildung

Die Ausweitung der Schulen zu Ganztageseinrichtungen hat für die Sportvereine und Kultureinrichtungen hinsichtlich der Rekrutierung des Nachwuchses zum Teil erhebliche Auswirkungen. Die Koalitionspartner wollen diesbezüglich ein Forum zum Austausch der Problemlagen und zur Erarbeitung von Lösungsansätzen gemeinsam mit Schulen, Horten, Sportvereinen, Kultureinrichtungen und Bezirksamt schaffen.

Die Koalitionspartner wollen Kooperationsprojekte zwischen Schulen und Theatern im Bezirk befördern. Sie setzen sich für eine Öffnung der Schulhöfe auch nach den Schulzeiten für das Quartier ein. Dabei sollen die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigt werden.

SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION

Öffentliche Unterbringung im Bezirk Hamburg-Nord

Die Koalitionsparteien wollen die Qualität der öffentlichen Unterbringung und die Betreuung von Flüchtlingen und anderen Menschen in schwierigen Lebenslagen erhöhen. Hierbei soll sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration verstärkt mit der Situation in der Öffentlichen Unterbringung vertraut machen.

Langfristiges Ziel ist eine dezentrale öffentliche Unterbringung. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen in den kommenden Jahren Modellprojekte in Hamburg-Nord etabliert werden, die Möglichkeiten einer dezentralen Unterbringung aufzeigen und durch Evaluation und Austausch mit anderen Bezirken mittelfristig zu Best Practice-Projekten und so einer deutlichen Verbesserung der Unterbringung führen.

Die Flüchtlingszahlen steigen. Den Menschen, die aus großer Not heraus ihre Heimatländer verlassen haben, muss in Hamburg eine lebenswerte Perspektive geboten werden. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Bezirk Hamburg-Nord wird seiner Verantwortung nachkommen, den Flüchtlingen menschenwürdige Unterbringung in ausreichender Anzahl anzubieten. Die Koalitionsparteien wollen zivilgesellschaftliche Initiativen, die in der Nachbarschaft die Menschen in der öffentlichen Unterbringung unterstützen, weiter in ihrem Engagement bestärken.

Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge sind keine Erwachsene und bedürfen einer besonderen Form der Betreuung und Unterbringung. Die Koalitionsparteien streben daher eine Unterbringung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen in Jugendwohnungen oder Wohngruppen mit individueller und bedarfsorientierter sozialpädagogischer Betreuung an.

Vielfalt im Bezirk: Migrantinnen und Migranten

Die Koalitionsparteien sehen in der Vielfalt unseres Bezirks eine große Chance: Mit ihren Erfahrungshintergründen können Migrantinnen und Migranten neue Perspektiven einbringen und für eine interessante, lebendige Vielfalt in den Stadtteilen sorgen. 2012 lebten über 66.000 Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg-Nord. Das sind 22,9% der Gesamtbevölkerung des Bezirks. Die Koalitionsparteien setzen sich dafür ein, dass diese Bevölkerungsgruppen in der Politik stärker repräsentiert sind, und bauen dabei auf den bisherigen guten Erfahrungen der Beteiligung von Migrantinnen und Migranten

auf. Dazu werden folgende Ziele vereinbart, die vom Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration regelmäßig evaluiert und entsprechend ergänzt/erweitert werden:

- Die Stelle der Integrationsfachkraft beim Bezirksamt Hamburg-Nord soll dauerhaft abgesichert werden
- Die „Runden Tische Integration“ sollen weitergeführt werden, um die Belange von Migrantinnen und Migranten in bezirklicher Politik besser berücksichtigen zu können
- Außerdem bieten die Koalitionsparteien den Mitgliedern des Runden Tisches an, eine/n Vertreter/in auszuwählen, der/die an den Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration als beratendes Mitglied teilnimmt und über die Aktivitäten des Runden Tisches berichtet. Diese/r Vertreter/in kann durch andere Mitglieder des Runden Tisches vertreten werden
- Das Bezirksamt soll Formulare und Informationen in mehreren Sprachen und vor allem auch in einfacher Sprache zur Verfügung stellen, die Möglichkeit einer mehrsprachigen Informationsseite für Bezirksangelegenheiten prüfen und hierzu Rücksprache mit anderen Bezirken und Best Practice-Projekten (bspw. www.berlin.de) nehmen
- Die Koalitionspartner erarbeiten ein Konzept für eine „Woche der Vielfalt“ und binden dabei die relevanten Akteure im Bezirk ein. Denkbar ist ein Projekt, das mittelfristig jährlich stattfinden soll und in Kooperation mit den Runden Tischen geplant wird. Einmal im Jahr soll so ein Veranstaltungsprogramm koordiniert werden, das den Austausch zwischen den vielfältigen Bevölkerungsgruppen im Bezirk fördert. Ziel der „Woche der Vielfalt“ ist neben der Dialogförderung eine Bewusstseinsstärkung für die Chance, die in der Vielfalt unseres Bezirks liegt

Seniorinnen und Senioren

Mit ihren Erfahrungen, ihrem Wissen und Können leisten Seniorinnen und Senioren einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft. Das Zusammenleben der Generationen muss ermöglicht und gefördert werden. Die Koalitionspartner unterstützen daher den bezirklichen Seniorenbeirat als wichtigen Impulsgeber für seniorengerechte Politik und bekennen sich zum fraktionsübergreifend beschlossenen Leitbild zur Seniorenpolitik im Bezirk Hamburg-Nord sowie zum Hamburgischen Seniorenmitwirkungsgesetz. Zu den Zielen der Koalition gehören daher unter anderem:

- Förderung seniorengerechten, barrierefreien und bezahlbaren Wohnraumes auch in bestehenden Quartieren, um eine Verdrängung und damit Entwur-

zelung der älteren Generation aus ihren angestammten Wohnquartieren zu vermeiden

- Schaffung einer größtmöglichen Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, Bereitstellung von mehr Sitzbänken auf öffentlichen Plätzen und Erarbeitung eines Konzeptes für den Ausbau öffentlich zugänglicher Toiletten
- Förderung neuer Wohnformen, wie z.B. Mehrgenerationenhäuser und Wohngemeinschaften für Senioren
- Gemeinschaftsräume als generationsübergreifende Treffpunkte sollen in neuen Wohnquartieren schon bei der Quartiersplanung vorgesehen werden
- Sicherung von bedarfsgerechten Angeboten in der offenen Seniorenarbeit
- Stärkung der Seniorenberatung, Verbesserung der Pflegestützpunkte und Ausbau der aufsuchenden Angebote
- Weiterentwicklung der bezirklichen Wohn-/Pflegeaufsicht

Bezirkliche Arbeitsmarktpolitik

Um eine stärkere gesellschaftliche Teilhabe arbeitsmarktferner Langzeitarbeitsloser zu erreichen, setzen sich die Koalitionspartner dafür ein, dass die Entwicklung und sozialräumliche Einbindung des sozialen Arbeitsmarkts im Bezirk künftig stärker begleitet wird. Die Koalitionsparteien sind sich darüber einig, dass öffentlich geförderte Beschäftigung im Idealfall sozialversicherungspflichtig sein sollte.

Hierzu soll vor allem die Arbeit der 2012 vom Senat geschaffenen bezirklichen Arbeitsmarktkoordinatorin stärker begleitet und evaluiert werden. Die Aufgabe der Arbeitsmarktkoordinatorin besteht u.a. darin, lokale arbeitsmarktpolitische Handlungsbedarfe und Zielgruppen innerhalb der einzelnen sozialräumlichen Kontexte zu identifizieren und geeignete arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vorzuschlagen. Außerdem soll sie einen Austausch zwischen arbeitsmarktpolitischen und wirtschaftlichen Akteuren vor Ort begleiten.

Die Arbeit der Jugendberufsagentur Hamburg-Nord wird von den Koalitionsparteien begleitet. Wichtig ist hierbei, die Potenziale der Jugendlichen und Akteure im Bezirk stärker zu nutzen, indem die lokale Vernetzung im Bezirk gefördert wird. Lokale Unternehmen und Institutionen sollen dazu angeregt werden, jungen Menschen Chancen zu eröffnen.

Lesben, Schwule und Transgender

In einer weltoffenen Metropole wie Hamburg sind Lesben, Schwule, Bisexuelle und transgeschlechtliche Menschen (LSBT) mittlerweile in vielen Stadtteilen ein sichtbarer und vielerorts akzeptierter Teil der Gesellschaft. Doch dies gilt längst nicht für alle Teile der Gesellschaft und alle Lebensbereiche. Leider ist die Akzeptanz von Vielfalt gesamtgesellschaftlich noch immer nicht selbstverständlich.

Ursache für homophobes und transphobes Verhalten ist Untersuchungen zufolge oftmals mangelnde Kenntnis und unzureichende Aufklärung. Die Koalitionspartner setzen sich vor diesem Hintergrund für die Entwicklung und Förderung bestehender Strukturen für Lesben, Schwulen, Bisexuelle und Transgender in der Jugendarbeit und ihrer Vernetzung mit der allgemeinen Jugendarbeit ein. Dies soll sowohl in der Zusammenarbeit mit freien und kommunalen Trägern als auch mit Jugendverbänden und Sportvereinen geschehen. Ziel ist langfristige eine selbstverständliche Willkommenskultur auch für lesbische, schwule, bisexuelle, transgeschlechtliche und intersexuelle Jugendliche zu schaffen. Das Magnus Hirschfeld Centrum ist hierbei eine Institution mit Sitz in Hamburg-Nord, welche bundesweit beispielhaft ist und von den Koalitionspartnern ausdrücklich unterstützt wird.

Den geplanten Aufbau eines Hilfsnetzwerks für Jugendliche, zum Beispiel hinsichtlich betreuter Wohnangebote mit spezifischer Ausrichtung, unterstützen wir. SPD und GRÜNE werden darauf hinwirken, dass in der Aus- und Fortbildung im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes für die entsprechenden Themen sensibilisiert wird. Weiter sehen wir Bedarf an psychosozialer Betreuung und pflegerischer Versorgung im ambulanten und stationären Bereich und unterstützen Kooperationen im Bezirk Nord, die sich hierfür einsetzen. Wir wollen gemeinsam anregen, dass auch ältere Schwule, Lesben und transidente Menschen in Seniorenbeiräten vertreten sind.

Um gruppenbezogenen (Gewalt-)Verbrechen verstärkt zu begegnen, wollen wir die örtlichen Polizeikommissariate hierfür weiter sensibilisieren und uns auch hier für die Einbettung der Thematik in der Aus- und Weiterbildung von Polizistinnen und Polizisten einsetzen.

Frauenförderung und Gleichstellungspolitik

Noch immer ist eine vollständige Gleichberechtigung in der Gesellschaft nicht erreicht. Frauen verdienen im Schnitt weniger und sind in vielen politischen Gremien sowie Führungspositionen in der Wirtschaft unterrepräsentiert.

Die Koalitionspartner setzen sich für eine Gleichberechtigung von Frauen in der Gesellschaft und der Politik ein. Diese Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe der Bezirkspolitik. In der Jugendhilfe sollen die Bedürfnisse von Mädchen Beachtung finden, in der Arbeitsmarktpolitik die Situation arbeitsloser, alleinerziehender Frauen, in der Integrationspolitik die Wünsche von Migrantinnen. Nur wenn die Perspektiven von Frauen und Männern mitgedacht werden, kann eine gleichberechtigte Politik entstehen.

Um Frauen in der Politik besser zu repräsentieren, soll eine geschlechterparitätische Besetzung in möglichst vielen Gremien und Ausschüssen im Bezirk Hamburg-Nord angestrebt werden.

Menschen mit Behinderungen im Bezirk Hamburg-Nord

Eine inklusive Gesellschaft muss auf allen Ebenen gedacht werden. Daher setzen sich die Koalitionspartner für die konsequente Umsetzung der UN-Konvention „Rechte von Menschen mit Behinderung“ für eine inklusive Gesellschaft ein. Jedem Menschen sollen die Rahmenbedingungen für die selbstbestimmte Teilhabe an allen Lebensbereichen ermöglicht werden. Dies betrifft u.a. die Bereiche Wohnen, Arbeit, Mobilität und Freizeitgestaltung. Hierfür setzen sich SPD und GRÜNE weiterhin ein. Die Vernetzung und der Austausch mit den Institutionen und Selbsthilfeverbänden sind hierbei unabdingbar.

Die Koalitionsparteien prüfen wohlwollend die Einrichtung eines Inklusionsbeirats nach dem Vorbild anderer Bezirke. Den Mitgliedern des ggf. einzurichtenden Inklusionsbeirats soll ein ständiger Sitz als beratendes Mitglied im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration angeboten werden.

Gesellschaftliches Engagement

Das Ehrenamt ist ein wertvolles Geschenk der Bürgerinnen und Bürger an die Gesellschaft. Menschen, die sich freiwillig für die Gesellschaft einsetzen, sollten durch bürokratische oder finanzielle Hürden nicht davon abgehalten werden. Die Koalitionspartner würdigen die Leistung der Ehrenamtlichen und setzen sich weiter dafür ein, die Strukturen für Engagement so niedrigschwellig und unterstützend wie möglich zu gestalten.

JUGENDPOLITIK

Jugendhilfe

Für die Koalitionspartner ist die Jugendhilfe eine wichtige bezirkliche Aufgabe. Ob der Jugendclub „um die Ecke“, das Musikprojekt im Verein, der Bauspielplatz am Wochenende, Wohnprojekte für die Notfallunterbringung in schweren Lebenslagen – Kinder und Jugendliche, die in Hamburg-Nord leben, haben unterschiedliche Bedürfnisse, denen die Jugendarbeit gerecht werden soll. Dies geschieht im ständigen Austausch zwischen den Kindern und Jugendlichen, den Eltern, den Trägern der Jugendhilfe und dem Jugendamt.

Die Koalitionspartner vereinbaren als zentrales Ziel eine zielgruppenorientierte Jugendhilfeplanung, die finanziell bedarfsgerecht ausgestaltet wird. Dafür braucht es weiterhin eine Vielfältigkeit in den Jugendhilfeangeboten. Die Koalitionspartner vereinbaren weiter, dass die Jugendsozialarbeit gestärkt wird.

In einer Großstadt wie Hamburg ist es wichtig, dass Kinder toben und sich ausprobieren können, mit Naturmaterialien werkeln und kleine Abenteuer erleben. Einen Beitrag hierfür leisten die Bauspielplätze und andere Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk Nord.

Die Angebote der Träger der Jugendhilfe in Hamburg-Nord leisten einen wichtigen sozialen Beitrag für unseren Bezirk, indem sie Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit bieten, im Kontakt mit Gleichaltrigen Inspirationen für die eigenen Wertevorstellungen und den eigenen Lebensweg zu entwickeln. Sie können Freundschaften außerhalb der Schule knüpfen und Jugendliche mit anderen Lebenswelten kennen lernen. Dabei werden sie professionell unterstützt.

Um eine gute Arbeit in der Jugendhilfe zu gewährleisten, setzen sich die Koalitionspartner dafür ein, die Zusammenarbeit der Träger mit den Schulen besser auszubauen und zu verzahnen. Immer mehr Eltern wählen für ihre Kinder Ganztagschulen aus. Diesem Wandel müssen sich die Träger der Jugendhilfe wie auch die Politik stellen.

Kinder und Jugendliche nicht-deutscher Herkunft sollen weiterhin aktiv in die Jugendhilfe einbezogen und ihre besondere Situation berücksichtigt werden.

Beteiligung junger Menschen im Bezirk

Um bei jungen Menschen Verständnis und Interesse für demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu wecken, wollen die Koalitionspartner jungen Menschen mehr Möglichkeiten der Mitwirkung und Information bieten.

Mit der Erweiterung des aktiven Wahlrechts auf 16-Jährige ist Hamburg einen großen Schritt in der Ermöglichung der demokratischen Teilhabe junger Menschen gegangen. Die Bezirkspolitik muss sich aber weiter jungen Menschen öffnen, denn deren Teilhabe ist bereits in §33 Bezirksverwaltungsgesetz verbindlich vorgesehen. Die Bezirksversammlung soll sich in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen im Bezirksamt ergebnisoffen über die Ausgestaltung der Beteiligung zu beraten. Die Koalition möchte bei diesem Prozess junge Menschen von Beginn an einbinden. Außerdem werden Vertreterinnen und Vertretern von Best Practice-Projekten aus anderen Bezirken und Gemeinden eingeladen, um von ihren Erfahrungen zu berichten.

Um die Wünsche und Probleme von Schülerinnen und Schülern im Bezirk besser einbinden zu können, möchten die Koalitionspartner einer Vertretung der Schülerinnen und Schüler einen ständigen Sitz im Jugendhilfeausschuss zur beratenden Teilnahme an den Sitzungen anbieten.